



Stadien der Urbanisierung

Anikó Bakonyi ist Advocacy- and Projekt Verantwortliche beim Ungarischen Helsinki Komitee.

Die Entwicklung zur illiberalen Demokratie, wie sie Ministerpräsident Viktor Orbán vorschwebt, ist in unserem östlichen Nachbarland schon weit fortgeschritten. Für NGOs ist es dank diverser Gesetze, Fake News und Förderstopps extrem eng geworden. Unsere Kollegin Anikó Bakonyi vom ungarischen Helsinki-Komitee besuchte kürzlich auf Einladung der Diakonie Wien um der österreichischen Zivilgesellschaft vor ähnlichen Tendenzen zu warnen. Das Gespräch mit Anikó Bakonyi führte Herbert Langthaler

asyl aktuell: Welche Lehren könnten die NGOs in Österreich aus den Entwicklungen der letzten Jahre in Ungarn ziehen? Gibt es für uns etwas zu lernen oder sind die Voraussetzungen ganz unterschiedlich?

Anikó Bakonyi: Ich glaube, es gibt wahrscheinlich viele Parallelen, aber sicher auch Unterschiede. Es ist sehr wichtig, eine gesunde und stabile Demokratie zu haben. Und da glaube ich, dass Österreich in einer besseren Position ist als Ungarn. Es ist

leichter etwas anzugreifen, das jung und zerbrechlich ist. In Österreich gab es etliche Jahrzehnte demokratischer Politik. Das mag ein Unterschied sein – aber ich bin keine vergleichende Politikwissenschaftlerin.

a.a.: Was waren die ersten Anzeichen dafür, dass die Handlungsräume für die Zivilgesellschaft eingeschränkt wurden?

A.B.: Als in Ungarn im Jahr 2010 die erste Legislaturperiode dieser Regierung anfang,

griff diese zuerst den Rechtsstaat an, dann kamen die NGOs und die Zivilgesellschaft dran. Alle NGOs, nicht nur die, die MigrantenInnen oder Flüchtlinge unterstützen, sondern alle Organisationen, die jenen helfen, die von der jetzigen Regierung nicht gewünscht werden. 2015 mit der so genannten Migrationskrise kamen verbale Attacken, wie „Ihr beschützt Terroristen“ oder „Ihr handelt nicht zum Wohle unseres Landes, ihr dient fremden Interessen“, hinzu.

Es gab damals schon Spannungen zwischen den Behörden und den NGOs, aber es gab noch nicht diese feindliche Beziehung. Die Behörden sprachen noch mit uns, wir konnten immer noch die Flüchtlinge in den Camps und den geschlossenen Abschiebezentren besuchen.

Der nächste Schritt war, dass die Regierung uns offen zu Feinden erklärte. Wir hatten Abkommen mit der Polizei, den Asylbehörden und den Justizvollzugsanstalten, unter anderem weil wir ein Projekt zur Betreuung von Schubhäftlingen hatten – im Sommer 2017 wurden alle drei aufgekündigt. Das machte unsere Arbeit schwieriger. Wir hatten durch die Vereinbarungen mit den Behörden Zugang zu den KlientInnen, dieser wurde nun eingeschränkt. Von da an wurde jede Form von Kontakt mit den Behörden extrem schwierig. Sie wollten eigentlich nicht mit uns sprechen. Sie kamen nicht zu Konferenzen, die wir veranstalteten und sie beteiligten sich nicht an Erhebungen, die wir gemeinsam mit den Behörden durchführen sollten. Das war also der zweite Schritt.

Man kann natürlich auch Finanzierungen kürzen. Die nationalen Programme der AMIF-Förderungen waren eine wichtige Quelle für die Finanzierung der NGOs und deren Arbeit musste schlussendlich aufgrund der Kürzungen eingestellt werden. Die letzte Ausschreibung wurde im

Jänner 2018 zurückgezogen und seither gab es keine neue Ausschreibung. Das ist sozusagen, das polnische Rezept. Vor zwei Jahren hatte dort die Regierung beschlossen, die AMIF-Ausschreibungen nicht mehr zu machen und die ungarische Regierung hat sich das offenbar abgeschaut.

Für viele Organisationen, die im Integrationsbereich arbeiten, ist das ein großes Problem, weil sie sehr stark von den AMIF-Geldern abhängig waren. Das hatte zur Folge, dass seit Juli 2018, als der letzte AMIF-Förderungszeitraum ausgelaufen war, die Angebote zur Unterstützung von Integration extrem zurückgegangen sind.

a.a.: Hat es neben dieser finanziellen Einschränkung noch andere Schikanen gegeben?

A.B.: Der letzte Schritt bestand darin, Gesetze gegen die Zivilgesellschaft zu erlassen. Einige Gesetze dieser Art waren bereits zuvor verabschiedet worden, zum Beispiel jenes aus dem Sommer 2017, das besagte, dass sich Organisationen, die mehr als 24.000 Euro im Jahr aus dem Ausland bekommen, als „ausländisch finanzierte Organisationen“ registrieren lassen mussten. Bei Nichteinhaltung dieses Gesetzes drohen Sanktionen. Wir haben uns nicht registrieren lassen, weil wir das Gesetz extrem diskriminierend finden und bislang haben wir noch keine Strafe oder Mahnung erhalten.

Auf unserer Website ist ein sehr detaillierter Finanzbericht veröffentlicht – in dieser Hinsicht sind die NGOs viel transparenter als jedes Ministerium, da man jeden Cent nachverfolgen kann, den wir bekommen und wie wir ihn ausgeben. Als 2017 das Gesetz über die Finanzierung durch ausländische GeldgeberInnen erlassen wurde, hieß es „Transparenzgesetz“, als

wären die NGOs intransparent. Es handelt sich dabei offensichtlich um einen ziemlich verlogenen Diskurs.

Seit Sommer 2018 gibt es ein Gesetz, das Flüchtlingshilfe kriminalisiert. Dieses ist ernster zu nehmen, weil Verstöße dagegen mit bis zu einem Jahr Gefängnis bestraft werden können.

Daneben wurde auch eine 25-prozentige Steuer auf die Förderung von Aktivi-

Der nächste Schritt war, dass die Regierung uns offen zu Feinden erklärte.

täten in Zusammenhang mit Immigration eingeführt. Das ist wirklich eine sehr seltsame Idee und der Gesetzestext ist absichtsvoll unklar gehalten, denn was eigentlich mit Immigration gemeint ist und ob Flüchtlinge da überhaupt hineinfallen wird nicht erklärt. Jede Aktivität kann davon betroffen sein, zum Beispiel Bildungsprogramme für MigrantInnen oder positiv über Migration zu berichten – das ist zwar lächerlich, aber es ist Gesetz. In erster Linie sind für die Entrichtung der Steuer die GeldgeberInnen verantwortlich, also wenn eine private Stiftung Geld spendet (EU und UN sind ausgenommen), muss sie davon 25 % an Steuern zahlen bzw. bis zum 15. jeden Monats der Steuerbehörde bekannt geben, ob sie gespendet haben. Wenn der/die Geldgeber/in nicht berichtet, dann geht die Verantwortung auf die EmpfängerInnen über.

a.a.: 2015/16 gab es ja auch in Ungarn viel Hilfsbereitschaft von der Bevölkerung. Wie schaut heute die öffentliche Meinung, der

Diskurs, im Lande aus? Wie hat sich das entwickelt?

A.B.: Es war ganz klar, dass der Staat 2015/16 kein Interesse hatte, den Flüchtlingen wirklich zu helfen. Die staatlichen Kapazitäten waren zwar mit der Fluchtbe-
wegung tatsächlich überfordert, aber mit etwas gutem Willen hätte man das schon bewältigen können. Ungarn hat ja auch Angebote zur Unterstützung von der EU und UNHCR bekommen, aber diese wurden nicht angenommen.

Die Regierung wollten das nicht gelöst haben. Sie wollten, dass es unübersichtlich, chaotisch und beängstigend ist. Was sie nicht einkalkuliert hatte, waren die vielen Freiwilligen, die sich engagierten. Es war auch für uns eine positive Überraschung, dass so viele Menschen beschlos-
sen haben, etwas zu geben, wie beispielsweise Essen, Kleidung, ihre Zeit und Energie, um Menschen zu unterstützen. Das war eine Überraschung auch für die Regierung, die erwartet hatte, dass die Leute sich fürchten würden. Aber die Leute haben sich nicht gefürchtet, unter anderem auch weil überall Familien davon betroffen waren. Im Sommer 2015 hatte das öffentliche Fernsehen die Weisung, nur junge Männer zu zeigen, nie Kinder oder Familien, was ziemlich schwer war, weil ja damals so viele Familien und Kinder unterwegs waren. Es hat also schon einiges an Bearbeitung des Materials bedurft, um dieser Weisung nachzukommen.

a.a.: 2014/2015 haben die ungarischen Behörden zumindest sehr viele Flüchtlinge registriert.

A.B.: Die ungarischen Behörden haben 177.000 Flüchtlinge registriert, aber über 200.000 nicht. Der Diskurs dreht sich in

Ungarn in erster Linie um Sicherheit. Aus diesem Blickwinkel ist das Registrieren der richtige Schritt, außerdem besteht eine Verpflichtung dafür als EU-Mitglied. Die Regierung spricht immer nur von den 177.000, aber nicht davon, dass zwischen Mitte September und Mitte Oktober 2015 200.000 Menschen durch diesen sogenannten humanitären Korridor von Ungarn nach Österreich gingen. Die ungarischen Behörden machten dabei nichts, außer dafür zu sorgen, dass die Menschen auch ja nach Österreich kamen – ohne jede Dokumentation. Es wäre ja die Aufgabe gewesen, die Leute zu registrieren ...

a.a.: Die ÖsterreicherInnen haben auch niemanden registriert ...

A.B.: Ja, vielleicht waren es ja im Falle Österreichs Kapazitätsprobleme oder auch die Dublin-Verordnung. Es war dieses eine Monat als im September 2015 die südliche Grenze schon geschlossen, der Zaun schon fertig war. Es gab nur noch einen schmalen Korridor durch den die Menschen von Kroatien und Slowenien über Ungarn nach Österreich gingen – das waren 200.000 Menschen, das ist schon eine enorme Zahl.

a.a.: War es nur der Diskurs über Migration, der in Ungarn zu dieser Verengung der Handlungsräume für die Zivilgesellschaft geführt hat?

A.B.: Es hat mit der Migration angefangen, weil es ein wichtiges Thema für die Regierung war und sie sehr erfolgreich waren, Hass und Furcht in der Bevölkerung zu säen. Sie versuchten so lange wie möglich, bei diesem Thema zu bleiben, weil es so erfolgreich war. In letzter Zeit dehnen sie das Thema auf andere Bereiche aus, zum Beispiel gegen jene, die sich um Obdachlo-

se kümmern. Der Philanthrop George Soros ist ein spezielles Ziel der Angriffe der Regierung. Jede Organisation, die von ihm unterstützt wird, oder von der es auch nur behauptet wird, wird als „Soros Armee“ oder Agent diffamiert. Es kann inzwischen jede Organisation treffen, die durch Kritik an der Regierung auffällt. Auch wenn das nicht stimmt, so wie im Fall von Amnesty International. Amnesty bekommt keinerlei Förderung durch die Open Society Foundations, aber immer, wenn sie sich zu Wort melden, heißt es, sie würden von Soros bezahlt werden. Bei uns stimmt es ja und wir sind stolz darauf (lacht). Während der Wahl gab es eine richtige Kampagne mit viel Antisemitismus gegen Soros. Das hat dazu geführt, dass – Medienberichten zufolge – sich Kinder vor Soros fürchten, weil er als Unhold gezeichnet wird.

a.a.: Wie gehen sie als Helsinki-Komitee mit dieser Situation in der alltäglichen Arbeit um?

A.B.: Als Organisation mussten wir uns neu aufstellen und überlegen wie wir arbeiten. Zum Beispiel müssen wir nach wie vor die Zustände in Flüchtlingseinrichtungen dokumentieren. Deswegen mussten wir uns überlegen, wie wir stichhaltige Informationen bekommen können, wenn wir selbst nicht mehr in die Einrichtungen hinein dürfen. Wir mussten neue Methoden entwickeln, strategischer denken und Koalitionen mit anderen Mitgliedern der Zivilgesellschaft eingehen. Mehr Energie wird außerdem in unsere eigene Sicherheit im Büro investiert, vor allem im IT-Bereich. Wir mussten auch SpenderInnen finden, die sich nicht fürchten, unsere UnterstützerInnen zu sein. Wir mussten nachhaltig werden sowie Mittel aus verschiedenen Quellen im In- und Ausland aufstellen.

Wir stehen unter einem ziemlichen Druck und es braucht auch viel Zeit und Energie, die dauernden Angriffe abzuwehren, zum Beispiel die immer wieder verbreiteten Fake News. Die Regierung hat natürlich wesentlich mehr Ressourcen zur Verfügung, aber wir setzen uns zur Wehr, zum Beispiel mit Klagen. Das ist natürlich viel Arbeit für unsere AnwältInnen, aber wir gewinnen immer noch einen Großteil dieser Prozesse gegen Zeitungen, Fernsehstationen oder Regierungssprecher.

a.a.: Um was geht es bei diesen Fällen?

A.B.: Unlängst gab es diesen Fall von einem Afghanen, der von Ungarn nach Österreich geflüchtet war, nachdem er beschuldigt worden war jemanden sexuell belästigt zu haben. Eine Zeitung schrieb dann, dass es den AnwältInnen des ungarischen Helsinki-Komitees zu verdanken sei, dass er in Ungarn bleiben durfte, weil wir ihm Rechtsberatung gegeben hätten. Das hätten wir zwar tun können, weil er minderjährig war als er nach Ungarn kam, aber er war eben kein Klient von uns. Dieser Fall ist zwar noch anhängig, aber wir haben ähnliche Fälle gewonnen und Entschädigungen zugesprochen bekommen.

Wir klagen natürlich nicht alles, aber wenn es wichtig ist und unsere AnwältInnen den Eindruck haben, dass der Fall zu gewinnen ist, dann tun wir das. Es kommt natürlich auch immer darauf an, um wen oder was es geht. Wenn ein Sprecher der Regierung Unwahrheiten verbreitet, dann klagen wir ihn auf jeden Fall, weil es wichtig ist, das klarzustellen.

a.a.: Agiert die Zivilgesellschaft als Ganzes oder sind die einzelnen Organisationen auf sich selbst gestellt?

A.B.: Wir haben eine Gruppe, ein Netzwerk, wo wir uns koordinieren und gemeinsam Strategien diskutieren. Wir versuchen mit anderen Mitgliedern der Zivilgesellschaft zu kooperieren.

a.a.: Gibt es überhaupt noch Flüchtlinge, die nach Ungarn kommen?

A.B.: Ja, immer noch über die Westbalkanroute. Die Regierung hat diese völlig willkürliche Quote festgelegt, nach der in jeder Transitzone ein Flüchtling pro Arbeitstag zugelassen wird. Bei zwei Transitzonen und fünf Arbeitstagen, dürfen also maximal zehn Flüchtlinge pro Woche, um Asyl ansuchen. Zwischen Jänner und September 2018 wurden 560 Asylanträge registriert. Gleichzeitig warten in Serbien tausende Menschen darauf, ins Land gelassen zu werden. Sie tragen sich in eine Liste ein und warten bis sie an der Reihe sind, um nach Ungarn einreisen zu dürfen.

a.a.: Bleiben die Flüchtlinge, die einen Antrag stellen, in Ungarn oder ziehen sie weiter in andere EU-Länder?

A.B.: Das Problem mit jenen, die in Ungarn Schutz finden, ist, dass die ungarische Regierung seit 1. Juli 2016 keine Integrationsmaßnahmen anbietet. Man darf einen Monat in einem Aufnahmezentrum bleiben, drüber hinaus gibt es keine Hilfe. Nur kirchliche Organisationen und NGOs bieten Integrationsmaßnahmen für jene an, die bleiben wollen. Wir beobachten auch, dass immer mehr Menschen beschließen weiterzugehen, obwohl sie einen Schutzstatus haben.

Auch wegen der traumatischen Erfahrung aufgrund der Internierung in den Transitzonen und den dortigen Zuständen,

demokratie in ungarn

wollen Menschen, die Schutz erhalten, Ungarn am schnellsten Wege wieder verlassen. Viele warten nicht einmal auf ihre Asylkarte, die ihnen das Reisen innerhalb der EU ermöglichen würde, sondern ziehen einfach weiter. SozialarbeiterInnen im Aufnahmезentrum haben uns erzählt, dass sie den Menschen sagen, dass sie doch auf die Karte warten sollen, diese aber aus Angst vor einer erneuten Internierung sofort das Weite suchen.

a.a.: Bekommen jene, die einen Antrag stellen dürfen, häufig einen Schutzstatus zugesprochen? Was geschieht mit jenen, die abgelehnt werden?

A.B.: Ungarn schiebt selbst nicht ab, weil es zu viel kostet. Jüngst wurden einige Afghanen mit einem FRONTEX-Charter abgeschoben. Die Abgelehnten werden einfach nach Serbien zurückgeschickt. Seit 1. Juli 2018 haben wir ein neues Asylgesetz und seither hat eigentlich nur der ehemalige mazedonische Premierminister Asyl bekommen. Wir haben noch keine endgültige Statistik für 2018, aber bis September hatten 230 Menschen unter dem alten Gesetz Asyl erhalten. Ohne Integrationsmaßnahmen ist der Schutz allerdings ziemlich leer, weil die Menschen mittel- und obdachlos in Ungarn enden.

Früher gab es eine Integrationsvereinbarung, die die Asylberechtigten unterzeichnen mussten und auf Grund derer erhielten sie auch Unterstützung bei der Arbeits- und Wohnungssuche. Jetzt ist es zwar leichter Arbeit zu finden, so wie früher, aber man bekommt keine Wohnungen, weil sich die Menschen fürchten, an Flüchtlinge zu vermieten.

a.a.: Welche NGOs sind in Ungarn noch im Asylbereich tätig?

A.B.: Es gibt immer noch einige. Wir bieten Rechtsberatung an, Menedék soziale und psychosoziale Unterstützung sowie die Cordelia-Stiftung, die sich in erster Linie aus PsychologInnen und PsychiaterInnen zusammensetzt und darüber hinaus gibt es noch einige kleine Organisationen, wie die Baptisten oder die Diakonie. UNHCR unterstützt Menedék und uns finanziell im Bereich der Rechtsberatung und Sozialen

Der letzte Schritt bestand darin, Gesetze gegen die Zivilgesellschaft zu erlassen.

Arbeit, was in einem EU-Land eigentlich recht seltsam ist, weil diese grundlegenden Angebote ja vom Staat kommen sollten.

a.a.: Es gab in letzter Zeit große Demonstrationen gegen die Regierung mit tausenden TeilnehmerInnen. Gibt es so etwas wie einen Silberstreif am Horizont?

A.B.: Natürlich, den gibt es immer. Ich weiß nicht, wie viele Leute demonstriert haben, aber gut war, dass sich die Demonstrationen nicht nur auf die Hauptstadt beschränkt haben, sondern auch in vielen anderen Städten Proteste stattgefunden haben. Im Herbst finden die EU-Wahlen und Kommunalwahlen statt. Auch wenn die Leute von der Politik enttäuscht sind, können letztlich nur politische Parteien bei Wahlen antreten. Wir hoffen, dass sich gute KandidatInnen finden, die gegen die Regierung in den Ring steigen. Es wird jedenfalls ein langer Prozess werden.